

Bundesheer und Sicherheit

Die Bedeutung des Österreichischen Bundesheeres für die Sicherheit der Menschen in Österreich.

Welche Bedeutung haben die militärische Landesverteidigung, Auslandseinsätze und Assistenzleistungen des Bundesheeres für die Sicherheit der Menschen in Österreich? Welche sicherheitspolitischen Einsatzszenarien sind dabei in den kommenden Jahren möglich? Könnte ein Berufsheer die Anforderungen in den Bereichen militärische Landesverteidigung, Auslandseinsätze und Assistenzleistungen ausreichend erfüllen? Mit diesen Fragen beschäftigte sich eine Expertengruppe im Bundesministerium für Inneres. Dabei wurde insbesondere analysiert, ob das Bundesheer auch mit einem geänderten Wehrsystem die in der Bundesverfassung vorgesehenen Assistenzleistungen in ausreichender Quantität und Qualität erbringen könnte.

Kernaufgabe des Bundesheeres ist die militärische Landesverteidigung. Das Bundesheer kann aber auf Anforderung des Bundesministeriums für Inneres für Assistenzeinsätze in der Katastrophenhilfe, für den Schutz der verfassungsmäßigen Einrichtungen und zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit im Inneren herangezogen werden. Eine Änderung des Wehrsystems in Richtung eines Berufsheeres wäre mit einer Reihe von Auswirkungen auf die innere Sicherheit verbunden. Anhand von sieben sicherheitspolitischen Einsatzszenarien (militärische Landesverteidigung, Auslandseinsätze, Cyber-Sicherheit, Schutz kritischer Infrastrukturen und Objektschutz, Katastrophenhilfe, Grenzüberwachung sowie Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit im Inneren) erörterten die Experten mögliche Konsequenzen.

Militärische Landesverteidigung.

Konventionelle Angriffe sind zwar auf absehbare Zeit unwahrscheinlich. „Die Fähigkeit zur Verteidigung muss aber erhalten werden, weil sich die Lage ändern kann und es neue Bedrohungen wie staatliche Cyber-Angriffe gibt“, sagt Dr. Wilhelm Sandrissner, Leiter der Gruppe I/B (Sicherheitspolitik, Internationales, EU, Öffentlichkeitsarbeit) und Verbindungsmann des Innenministeriums zum „Nationalen Sicherheitsrat“. Das zeigen der Fall des Eisernen Vorhangs, der Krieg im früheren Jugoslawien und der



Wilhelm Sandrissner: „Mit einem Berufsheer würden wir Personal und wichtige zivile Fähigkeiten verlieren.“



Franz Lang (Bundeskriminalamt): „Andere Polizeichefs in Europa beneiden uns um unser hervorragendes System.“

„Arabische Frühling“. Die militärische Landesverteidigung muss daher auch künftig wichtig genommen werden. Mit der allgemeinen Wehrpflicht kann die Personalstärke (Berufs- und Zeitsoldaten, Rekruten sowie Milizkräfte) gewährleistet werden, die für die militärische Landesverteidigung sowie für allfällige Assistenzleistungen erforderlich ist. Mit einem Berufsheer wäre das schon aufgrund der budgetären Rahmenbedingungen so nicht möglich. Dazu kommt, dass das Bundesheer aufgrund der allgemeinen Wehrpflicht auf breite zivile Fähigkeiten zurückgreifen kann, die für Assistenzleistungen und in spezifischen Verteidigungssituationen wie einem staatlich gesteuerten Cyber-Angriff besonders wichtig sind.

Auslandseinsätze. Österreich hat sich politisch entschieden, zumindest rund 1.100 Soldaten für Auslandseinsätze bereitzuhalten. Die Beteiligung kann von friedenserhaltenden bis zu friedensschaffenden Einsätzen reichen, etwa im Rahmen der EU-Battlegroup. Das Gleiche gilt für Einsätze im Rahmen der Vereinten Nationen. Die Auslandsmissionen wirken sich auch positiv auf die innere Sicherheit in Österreich aus, etwa wenn dadurch unkontrollierbare Flüchtlingsströme in die EU vermieden werden. Auch bei Auslandseinsätzen ist eine Mischung aus militärischen und zivilen Fähigkeiten notwendig, die in der Miliz vorhanden sind, etwa in den Bereichen Bau, ABC, Informations- und

Kommunikationstechnik. Rund 60 Prozent des Personals bei Auslandseinsätzen sind Milizsoldaten. „Mit einem Berufsheer würden wir Personal und wichtige zivile Fähigkeiten verlieren“, sagt Wilhelm Sandrissner.

Cyber-Sicherheit. Cybersecurity ist eine neue sicherheitspolitische Herausforderung. Das Bundesheer ist für den Schutz von militärischen Einrichtungen vor Cyber-Angriffen zuständig, es soll das Innenministerium bei der Koordination auf der operativen Ebene unterstützen. Zudem kann es auch für Assistenzleistungen in diesem Bereich herangezogen werden. „Cyber-Soldaten“ müssen nicht über besondere militärische Fähigkeiten, sondern vor allem IT-Fähigkeiten haben. Über solche Fähigkeiten verfügen heute viele junge Menschen und sie sind in der Wirtschaft breit vorhanden. Über die allgemeine Wehrpflicht können diese Fähigkeiten auch dem Bundesheer zugute kommen – während des Grundwehrdienstes, über Spezialisten, die sich aufgrund des Wehrdienstes auf Zeit verpflichten sowie über Cyber-Spezialisten, die Miliz-Funktionen übernehmen. „Junge Menschen könnten ihre IT-Fähigkeiten beim Bundesheer einbringen und weiter entwickeln“, erläutert Gruppenleiter Sandrissner. Bei einer Umstellung auf ein Berufsheer würden viele dieser wichtiger werdenden Fähigkeiten nicht zur Verfügung stehen.

Die Wehrpflicht könnte als gute Grundlage genutzt werden, um ein breites Netzwerk von zivilen Cybersecurity-Experten aufzubauen. „Ein Berufsheer kann nicht über die Cyber-Fähigkeiten verfügen, die in der Wirtschaft breit vorhanden sind“, sagt Mag. Erwin Hameseder, Präsident des *Kuratoriums Sicheres Österreich*. „Cyber-Spezialisten des Bundesheeres brauchen vor allem IT-Fähigkeiten aus der Wirtschaft. Diese können über die Wehrpflicht und das jetzige Milizsystem auch dem Bundesheer zugutekommen“, betont Hameseder.

Schutz kritischer Infrastrukturen und Objektschutz. Im Fall terroristischer Bedrohungen oder nicht-konventioneller Angriffe staatlicher Akteure ist es notwendig, kritische Infrastrukturen und

weitere strategisch wichtige Objekte wie Regierungsgebäude zu schützen. Seit Langem gibt es in diesem Bereich eine enge Zusammenarbeit zwischen den Sicherheitsbehörden und dem Bundesheer. Wie bei der Cybersecurity wäre auch hier ein Netzwerk von zivilen SKI-Experten in Unternehmen, die kritische Infrastrukturen betreiben, von Vorteil. Die Herausbildung eines solchen breiten Netzwerks könnte auf der Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht gefördert und unterstützt werden. Zudem



Beim Schutz kritischer Infrastrukturen gibt es seit Langem eine enge Zusammenarbeit zwischen den Sicherheitsbehörden und dem Bundesheer.

gewinnt der Objektschutz an Bedeutung: Im Rahmen des österreichischen *Programms zum Schutz kritischer Infrastruktur (APCIP)* wurden rund 400 strategische Betriebe in Österreich identifiziert, die kritische Infrastrukturen betreiben. „Derzeit stehen 2.500 Soldaten für Objektschutzaufgaben zur Verfügung. Künftig könnten wir mehr brauchen“, sagt Mag. Peter Gridling, Direktor des *Bundesamts für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT)*.

Katastrophenhilfe. Das Freiwilligen-system bei der Katastrophenhilfe ist bei Elementarereignissen und außergewöhnlichen Unglücksfällen vom Einsatz des Bundesheeres abhängig. Nur das Bundesheer kann die notwendige Personalstärke, die umfassenden Fähigkeiten und die Durchhaltefähigkeiten für solche Einsätze gewährleisten. „Andere Polizeichefs in Europa beneiden uns um unser hervorragendes System“, sagt der Direktor des Bundeskriminalamts, Franz Lang. Bei einem Wechsel auf ein Berufsheer würden die jährlich 1.800 Pioniersoldaten auf 180 reduziert werden. Auch die Blaulicht- und Rettungsorganisationen, denen bei Katastrophen besondere Bedeutung zukommt, profitieren von der Wehrpflicht. Der Wegfall von derzeit fast 10.000 Zivildienern, von denen viele auch im Rettungswesen eingesetzt werden, wäre bei Katastrophen eine zusätzliche Herausforderung. Zudem wird sich der Bedarf im Bereich Katastrophenhilfe aufgrund des Klimawandels voraussichtlich erhöhen. „Der Trichter ist dabei nach oben offen“, betont General Lang.

Grenzüberwachung. „Im Grenzeinsatz wird jungen Menschen ihr wichtiger Beitrag für die Souveränität des Staates bewusst“, sagt der Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit, Mag. (FH) Mag. Konrad Kogler. Von 1990 bis zur Aufhebung der Grenzkontrollen zu den östlichen Nachbarstaaten im Jahr 2007 standen bis zu 2 200 Soldaten im Grenzeinsatz. Sie unterstützten die Grenzsicherung der Polizei und leisteten damit einen unverzichtbaren Beitrag für die Sicherheit in Österreich.

Für die Zukunft sind Szenarien denkbar, dass wieder Grenzkontrollen für einen längeren Zeitraum eingeführt werden müssen. Das könnte dann der Fall sein, wenn das Schengen-System nicht funktioniert, etwa weil ein oder mehrere Schengen-Staaten den eigenen Verpflichtungen nicht nachkommen. In so einer Situation muss auf ausreichende Kräfte des Bundesheeres zurückgegriffen werden können, um Gefahren für die innere Sicherheit abzuwenden. „Mit einem Berufsheer wäre eine Grenzüberwachung, wenn überhaupt machbar, sehr teuer“, sagt Kogler.

Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit im Inneren. Bei Großereignissen waren schon bisher Soldaten eingesetzt, um die Sicherheitsbehörden bei der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit zu unterstützen.

„Bei den jährlichen Wirtschaftsforen hat das Bundesheer etwa sehr gut bei der Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit unterstützt“, sagt Generaldirektor Kogler. Auch in Zukunft wird bei

solchen Anlässen auf das Bundesheer zurückgegriffen werden. Ein mögliches Szenario: Bei einem über mehrere Tage andauernden Stromausfall und dem damit verbundenen Zusammenbrechen vieler Bereiche des täglichen Lebens könnte eine Unterstützung durch Soldaten bei der Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit notwendig werden, etwa zur Verhinderung von Plünderungen. In solchen Fällen wären eine zivile Sozialisation und soziale Kompetenzen besondere Anforderungen für unterstützende Soldaten.

„Diese Fähigkeiten sind in einem auf der allgemeinen Wehrpflicht beruhenden Bundesheer stärker gegeben als in einem Berufsheer“, betont Kogler.

Sicherheitspolitische Bewertung. Die Herausforderungen und Bedrohungen im Bereich der Sicherheit werden komplexer und weniger vorhersehbar als bisher. Einsätze, die Assistenzleistungen des Bundesheeres erfordern, werden wahrscheinlicher. Damit steigen die Anforderungen für staatliche Vorsorgen und Reaktionen, in Bezug auf die Qualität, Bandbreite und die Geschwindigkeit zu setzender Maßnahmen. Dabei verschwimmen die Grenzen zwischen innerer und äußerer sowie ziviler und militärischer Sicherheit. Damit wird ein verstärktes Zusammenwirken von militärischen, polizeilichen und zivilen Kräften erforderlich.

Einsatzszenarien könnten auch gebündelt auftreten. „Fallen zwei oder drei Einsatzszenarien zusammen, wäre ein Berufsheer schnell überfordert“, sagt Ministerialrat Kurt Hager, Leiter des Büros für Sicherheitspolitik im Innenministerium. Damit entstehen neue Anforderungen hinsichtlich der Quantität und Qualität erforderlicher Soldaten sowie neue Anforderungen für das Zusammenwirken von Polizei und Bundesheer und die Durchhaltefähigkeit der eingesetzten Kräfte.

„Schutz und Hilfe im Inland kann mit einem Heer aus allen Teilen der Bevölkerung besser gewährleistet werden als mit einem Berufsheer“, betont Gruppenleiter Wilhelm Sandrissner.

FOTO: WERNER SABITZER